

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger für die Anzeiger für die Postzeitung entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Ausland 150 Pf. — Preis pro Ausland 150 Pf. — Preis pro Ausland 150 Pf.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagsgesellschaft des Erzgebirges
Postfach 100
Auer

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 100

Nr. 96

Sonnabend, den 25. April 1925

20. Jahrgang

Dr. Marx in Stuttgart.

Am Donnerstag abend sprach Reichspräsidenten-Kandidat Dr. Marx in vier großen Versammlungen in Groß-Stuttgart. Er führte u. a. aus, die Stellung des Reichspräsidenten sei vornehmlich eine politische. Daraus ergebe sich, daß der Reichspräsident sich mit politischen Dingen beschäftigen müsse. Es sei daher falsch, einen Mann zu berufen, der sich bisher überhaupt nicht um Politik gekümmert habe und angeblich über den Parteien stehe. Dann legte der Redner ein Bekenntnis zur Weimarer Verfassung ab, deren große Fortschritte und Vorzüge gegenüber der früheren Reichsverfassung er rühmte. Schließlich ging er auf die Bedenken ein, die man gegen ihn als einen Mann von ausgesprochen katholischer Gesinnung habe. Die Freiheit der Kirchen, der Gewissen und der Weltanschauungen überhaupt sei sein Ziel. Mit Entschiedenheit wies er die Vorwürfe der Rechten zurück, daß irgendeine Partei im Volksblock durch den Zusammenschluß ihre Weltanschauung irgendwie beeinflussen könnte. Der Zusammenschluß sei erfolgt, um das Vaterland zu schützen und zu verteidigen.

Fertigstellung der Reichsschulgesetzesvorlage.

Die Vorbereitungen für ein Reichsschulgesetz (Gesetz zur Ausführung von Artikel 146 Abs. 2 der Reichsverfassung) sind bei dem Reichsministerium des Innern so weit gefördert, daß der Entwurf kurz nach dem Zusammentritt des Reichstages dem Kabinett vorgelegt werden kann. Grundlegend für diesen Entwurf ist die Bestimmung der Reichsverfassung: „Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen.“ Diesem Leitwort muß der neue Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der schultechnischen, pädagogischen, finanziellen und Schulverwaltungsinteressen gerecht werden. Unsere auf christlicher Grundlage erwachsene Kultur erfordert auch für die Volksschule, in der Kinder des gleichen Religionsbekenntnisses von Lehrern ihres Bekenntnisses gemäß demselben unterrichtet und erzogen werden, freie Bahn. Das zu erlassende Gesetz muß Vorkehrungen treffen, daß in der gesamten Unterrichtsverwaltung (Schulaufsicht, Lehrerbildung) auf die besonderen Bedürfnisse der Bekenntnisschulen gebührend Rücksicht genommen wird. Das Gleiche gilt verfassungsmäßig auch von den Weltanschauungsschulen.

Herrlots Antrittsrede.

Paris, 23. April. Herrlot hat heute sein Amt als Kammerpräsident angetreten und in der Nachmittags-Sitzung der Kammer die übliche Antrittsrede gehalten. Er führte u. a. aus, es sei für ihn, der mitten im politischen Kampfe stand, eine vollkommen neue Aufgabe, als Schlichter bei den Debatten zu fungieren und nicht nur die Rechte seiner politischen Freunde, sondern auch die ihrer Gegner sicherzustellen. Jede Partei habe ein Interesse daran, die aufrichtige politische Überzeugung der anderen zu achten. Es sei nicht möglich, die Willkür gegenüber dem Lande auszudeuten, ohne daran zu erinnern, daß sie durch die Lehren während der unschuldigsten vier Jahre der Geschichte Frankreichs beeinflusst worden seien. Damals sei die Aufwendung aller Energie gefordert worden, und durch diesen Krieg, an dem das französische Volk unschuldig gewesen sei, sei das ruhige Leben der Republik unterbrochen worden. Die Erschütterungen, die man habe erdulden müssen, die Schwierigkeiten, denen das Volk ausgesetzt gewesen sei, die finanziellen Widrigkeiten, legten Zeugnis von der schmerzlichen Anstrengung ab, die das Land machen müsse, um wieder zum normalen Leben zurückzufahren. Das könne nur geschehen, wenn die Autorität zur Geltung gebracht werde. Das Land könne sich nicht auf materielle Instrumente begeben, die keine Freiheit garantierten, und selbst die, die eine Militärdiktatur verlangten, forderten sie nur um ein Regime zu erzielen, das besser der gegenwärtigen Zeit der aufrichtigen und andigen Garantien angepaßt sei. Der Krieg habe den Wert der moralischen Kräfte bewiesen. Es sei der Irrtum der Gegner Frankreichs gewesen, ihn zu verkennen. Frankreichs Sicherheit habe darin bestanden, daß es an sie geglaubt habe. Je mehr Frankreich republikanisch werde, desto mehr werde es seinen Friedenswillen betonen, und desto mehr den Völkern, die seine Ratsschlüsse wünschen, als die Nation erscheinen, die nur danach trachtet, ihre Sicherheit zu garantieren, aber damit auch die Sicherheit der anderen Völker, um an die Stelle der schändlichen Kriegsgewohnheiten das Regime der Schlichterlichkeit zu setzen. Kammerpräsident Herrlot erinnerte abschließend an die Pflicht des Staates, eine gewisse Sozialpolitik zu betreiben und kündigte schließlich an, daß nach seiner Ansicht eine Reform der Geschäftsordnung der Kammer nötig sei, um

die Arbeiten zu erleichtern und die Diskussion abzukürzen. Der Arbeit der Kammer, sagte Herrlot, fehle die Methode, auch der Parlamentarismus habe es nötig, sich den Zeitbedürfnissen anzupassen.

Erklärungen Clementels über die „maskeierten Vorschläge“.

Der Finanzminister des Kabinetts Herrlot, Clementel, gab am Mittwoch vor dem Finanzausschuß des Senates Aufklärung über den Stand der Finanzen zur Zeit der Regierungsübernahme durch das Kartell der Linken. Er erklärte, Herrlot habe ihm nicht die volle Freiheit vor dem Senat gelassen; er hätte zeigen können, daß schon seit dem Jahre 1923 ein maskeerter Vorschlag von 1200 Millionen Franken vorhanden war, und daß 5 Tage, nachdem das Kabinett Herrlot ans Ruder kam, diese maskeierten Vorschläge die Summe von 2325 Millionen Franken erreicht hätten. Davon habe die Bank von Frankreich Vorschläge in Höhe von 1085 Millionen und verschiedene andere Banken Vorschläge in Höhe von 1249 Millionen Franken gegeben. Der Ausschuß hat dem Senator Clementel den Auftrag erteilt, bei der Beratung der Budgetmittel diese Mittelungen dem Plenum des Senats zu machen und sich ferner über die schweren finanziellen Verpflichtungen des Schatzamtes im Laufe dieses Jahres zu äußern.

Die Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung die Diskussion über die beiden von der Regierung geforderten Budgetmittel für Mai und Juni begonnen. Der Gesetzentwurf sieht 8 015 885 756 Franken für das allgemeine Budget und 871 988 958 Franken für das Nachtragsbudget vor. Außerdem ist in dem Regierungsentwurf ein Betrag von 101 507 574 Franken für die Kosten der Besatzungstruppen vorgesehen.

Tschechisch-polnische Verbrüderung.

Das Abkommen unterzeichnet.

Warschau, 23. April. Nach Unterzeichnung der polnisch-tschechoslowakischen Abkommen hat der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch heute mittag mit dem Proger Schnellzug Warschau verlassen.

Prag, 23. April. Die Presse beschäftigt sich eingehend mit den Warschauer Besprechungen. Im „Venkov“, dem Organ der Agrarpartei und des Ministerpräsidenten, wird unter der Überschrift „Naše Freunde“ ausgeführt: Unsere beiden Völker haben die gleichen Schicksalsschläge erlitten und den Druck einer brutalen Macht gefühlt. Unsere beiden Völker sind durch die Stammesverwandtschaft verbunden und müssen auch in Zukunft verbrüdet bleiben. In „Narodni Listy“ heißt es: Wir vertrauen auf ein aufrichtiges, freundschaftliches Verhältnis in der Zukunft. Benesch hat ganz richtig bemerkt, daß es wenige Völker gibt, die sich so verbündet haben wie Polen und die Tschechoslowakei. Die halbamtliche „Republika“ schreibt: Was uns von Polen getrennt hat, gehört der Vergangenheit an, jetzt handelt es sich um die Lösung der Zukunftsfragen. „Głos Słowa“, das Organ der Nationalsozialisten, sagt: ein guter Anfang sei gemacht. Beide Parteien befänden sich auf dem richtigen Wege. „Narodni Osobogeni“, das Organ der Regionalorganisationen, erklärt in einer Polemik gegen den kommunistischen „Rude Pravo“, welcher die Warschauer Verhandlungen als gegen Sowjetrußland gerichtet hinstellt, es sei absurd, der Öffentlichkeit einreden zu wollen, daß die Zusammenarbeit gegen irgendjemanden gerichtet sei. Die lokalen und korrekten Beziehungen, die die Tschechoslowakei zu Deutschland unterhalte, und die erwiesenermaßen friedlichen Tendenzen der auswärtigen Politik der Tschechoslowakei entgegen von vornherein jedem nur möglichen Zweifel in dieser Richtung den Boden. Noch absurder wäre es aber, die Verträge mit Polen als Zeichen einer neuen Orientierung der auswärtigen Politik der Tschechoslowakei und zwar in einem rußlandfeindlichen Sinne ansehen zu wollen. Uebrigens werde die Zukunft die Grundlosigkeit des Beschlusses beweisen.

Die portugiesische Militärrevolte gänzlich niederge schlagen.

88 Offiziere, die zunächst an Bord des Kriegsschiffes Vasco da Gama gebracht worden waren, sind jetzt in die Festungen Casus und Santarem übergeführt worden. Der Abg. Cunha Dean hat an die Kammer einen Brief gerichtet, in dem er unter Ehrenwort erklärt, daß er der revolutionären Bewegung fernstehe, und daß er, wenn die Kammer die Aufrechterhaltung seiner Haft zulasse, auf sein Mandat als Abgeordneter verzichten werde.

Marx und die evangelischen Wähler.

Von Paul Steinborn.

Es ist vielleicht die trübste Seite des Kampfes um die Präsidentschaft, daß er sich in Folge der Agitation gewisser Kreise zu einem Teil auf konfessionellem Gebiete abspielt. Deshalb sollen der bedeutamen, diesem Thema geltenden und in ihrer warmen Menschlichkeit doppelt überzeugenden Dresden-Rede des Kandidaten des Volksblocks Marx noch einige ergänzende und erläuternde Worte beigelegt werden. Wir wollen im folgenden sozusagen einige der Schlüsse ziehen, die Marx notgedrungen zu ziehen seinen Zuhörern überlassen mußte.

Es ist bekannt, daß das konfessionelle Moment bereits im ersten Wahlgang eine große Rolle gespielt hat. Es sei nun daran erinnert, daß die Bayerische Volkspartei im ersten Wahlgang in demselben Augenblick von einer jeden Unterstützung der Kandidatur Jarres Abstand nahm, als ein Aufruf des Evangelischen Bundes nach ihrer Überzeugung den kirchlichen Frieden in provozierender Form gestört hatte. Jetzt, im zweiten Wahlgang, sehen wir sogar den Widerstreit der beiden großen Konfessionen auf der ganzen Linie entfesselt, und unter schroffer Frontstellung gegen das Zentrum sucht man mit dem Rufe „Los von Rom!“ gegen die Kandidatur Marx Stimmung zu machen. Die Rechnung geht dahin, die sozialdemokratische Arbeiterkraft und die demokratischen und sozialdemokratischen Lehrer, die religiös eingestellten Beamten, Kleingewerbetreibenden, vor allem aber hier wie dort die Frauen, von der am 26. April allein zur Entscheidung stehenden Frage abzulenken und durch Hervorheben des konfessionellen Moments Verwirrung zu stiften. An die Stelle der nicht anders zu erschütternden Parole: „Wählt Marx!“ soll die Zweifelsfrage: „Ein Katholik Reichspräsident?“ eingeschmuggelt werden. Daneben läuft eine systematische Beeinflussung in dem Sinne, daß das Zentrum schon deshalb nicht wählen soll, den Kandidaten für das höchste Amt des Reiches zu stellen, weil es seine Befehle vom Heiligen Stuhl empfangen und Deutschland einem „Pflasterregiment“ ausliefern würde.

Wie ist es nun damit bestellt? Die Antwort ist leicht und ganz klar zu geben. Und sie lautet einfach dahin, daß wir am 26. April für sieben Jahre die Entscheidung allein über die politische Zukunft der deutschen Republik zu fällen haben und daß zweitens ein Katholik als Reichspräsident seinen deutlichen Einfluß auf die konfessionelle Entwicklung in Deutschland auszuüben vermag als ein evangelischer. Die Spekulation auf religiöse Empfindungen geht denn auch nur von der Erwartung aus, daß man in den Bevölkerungsschichten, die etwa in Frage stehen könnten, sich ganz unklaren Vorstellungen über die Lage auf konfessionellem Gebiete hingibt und daß man es ganz primitiv und populär auszudrücken, glaubt, Marx werde als Reichspräsident nichts Eiligeres zu tun haben, als Deutschland „katholisch zu machen“. Eine solche Anschauung findet aber schon in den innen- und kulturpolitischen Kräfteverhältnissen des Reiches die eindeutige Widerlegung. Zunächst muß man nämlich bedenken, daß das Zentrum, wenn man es schon als „ultramontan“ und „römisch“ abstempelt, seine besonderen konfessionellen Forderungen nur gegen sämtliche anderen Parteien von den Deutschen bis zu den Sozialdemokraten durchsetzen muß, eine Machtkonstellation, die diese Parteien, sobald sie es wollen, in jedem Augenblick völlig unüberwindlich machen können. Zum zweiten ist es jetzt und in Zukunft keine kulturpolitische Frage, die mit Hilfe eines katholischen Reichspräsidenten etwa über die Parteien hinweg entschieden werden könnte. Das gilt sowohl in der Schulfrage wie in der Frage eines Reichs- und preussischen Konkordats und das gilt ebenso für die Befreyung der Völkern in der Verwaltung durch Katholiken, über die außerdem allein die Landesregierung entscheiden. Andere Probleme von Wichtigkeit, als diese drei gibt es aber nicht.

Man braucht gar nicht anzunehmen, daß Marx oben- und unten selber längst eine klare Situation geschaffen hat, indem er, bereits Präsidentschaftskandidat, am 1. April als preussischer Ministerpräsident dem Evangelischen Oberkirchenrat seine wärmsten Wünsche für die Zukunft der evangelischen Kirchen übermittelte. Und in seinem Wahlauftrag hat er die Unüberwindlichkeit jeder echten Überzeugung und seiner Achtung vor ihr gekennzeichnet. Aber, wie gesagt, so wichtig und erklärend solche Dinge sind, sie treten trotzdem völlig zurück. Denn um sie dreht es sich am 26. April gar nicht. In diesem Tage stimmen wir nicht darüber, was besser sei, die katholische oder die evangelische Konfession. Die Wähler sollen vielmehr darüber entscheiden, ob wir augenblicklich den Weg zur Verständigung oder neuer schwerer Konflikte mit den Entente-mächten gehen wollen, die Wähler müssen sich darüber schlüssig werden, ob sie mit ihrem Wahlsattel für die Republik eintreten oder jenen innenpolitischen Mächten die Bahn ebnen wollen, die in ihrem Willen zur Macht einen fast achtzigjährigen Greis, der nach deutschnationalem Feuilleton selbst „nur noch unter Glas in eine Ruhmeshalle gehört“, zu der Ruhestätte machen wollen, hinter der sie ihre eternen Wünsche und Pläne der Verwirklichung ausführen. Die Entscheidung für die Republik bedeutet zugleich erfolgreiche Weiterentwicklung, und die Verwerfung dieses Programms ist Wilhelm Marx. Der Staatsmann, der Politiker, nicht der katholische Zentrumsmann, der aber oben- und unten das Zentrum, wenn es in ihm den Reich-